

# Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.  
Fernsprecher: Amt Norden 2503 und 2496.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.  
Fernsprecher: Amt Norden 11007 und 11008.

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 1

Sonnabend, den 7. Dezember 1918

Nummer 42

# Machenschaften der Gegenrevolution.

## Zordauern der Heze.

Wir müssen gestehen, die Meute, die gegen die Revolution heult und heht, übertrifft sich selbst.

Wir haben gestern die Tatsachen festgestellt: Zweierlei Heze zu unterscheiden. Das Gemetzel in der Chausseestraße und die Vorgänge vor dem Reichskanzlergebäude, dem Abgeordnetenhause und der „Roten Fabrik“.

Die Versammlungen der Arbeitslosen und Deserteure waren vorher einberufen. Die Absicht, eine friedliche Demonstration zu veranstalten, war der Polizei bekanntgegeben und vom Polizeipräsidenten genehmigt. Die Teilnehmer der Demonstration waren bewaffnet. Trotzdem tritt ihnen Militär entgegen und tötet in die friedlich einberufende Menge!

Das Militär war auf Befehl des stellvertretenden Kommandos des Gardekorps bereitgestellt. Wir fragen: mit welchem Recht? Wie durften sich die Militärbehörden herausnehmen, eine vom Polizeipräsidenten genehmigte Demonstration gewaltsam zu verhindern? Selbst wenn sie in unangeleglicher Nervosität der Reinigung waren, daß Vorkehrungsmaßnahmen geboten wären, hätten sie die Besonnenheit haben müssen, das Militär nicht in so provozierender Weise aufzustellen, hätten sie dafür sorgen müssen, daß das Militär fest in der Hand eines ruhigen Führers bleibe, daß nicht ohne jede Veranlassung ein Blutbad angerichtet werde. Das alles ist nicht geschehen.

Wir stellen fest: das unerhörte Blutbad ist Schuld der Berliner Militärbehörden, sie tragen die Verantwortung. Wir fordern unverzügliche und strenge Sühne. So kann und darf es nicht weitergehen!

Die anderen Vorgänge stehen, so viel bis jetzt zu erkennen, damit nur in dem Zusammenhang, daß die Nachricht auf die Versammlungen sehr begrifflich erregend einwirkte und der Demonstration noch das andere Ziel gab, für den Vollzugsrat zu manifestieren. Die Vorgänge selbst sind auf dunkle Existenzen, deren Namen wir genannt haben, zurückzuführen. Sie versuchten einerseits, die durch Erregung von Wut die sozialistische Regierung zu stürzen und zunächst dem Volksoberhaupt Ebert die ganze Macht in die Hände zu spielen. So unruhig und dumm, die ganze Woche war, so kommt doch darin zum Ausdruck, daß heute die Rechtssozialisten die Exponenten und die Verführer der gesamten Bourgeoisie sind. Die Hoffen, daß eine Regierung ohne Unabhängige Sozialdemokraten die Geschäfte so lange führen wird, bis sich der revolutionäre Sturm gelegt hat. Dann hat der Mohr keine Schuldigkeit getan und kann gehen. Nur aus dieser Stimmung heraus, die die Bourgeoisie macht und die die Rechtssozialisten für sich, für ihre Fraktionsinteressen auszunützen hoffen und bestreben fördern, ist der Butschverstoß überhaupt erklärlich.

Es muß hierbei gesagt werden: Das Verhalten Eberts bei der Demonstration des Spiro, war nicht das, was man erwarten und verlangen mußte. Ebert hatte die Pflicht, der ebenso frechen, wie dummen Ausrufung zum Präsidenten der Republik ganz anders entgegenzutreten. Die gegenwärtige Regierung beruht einmal auf einer Vereinbarung der Parteien, dann auf der Sanction des K. und E. Rates, in dessen Händen gegenwärtig die politische Macht ruht. Ebert wäre verpflichtet gewesen, das Ansehen aufrecht zu erhalten, er hätte sein Recht, eine Beratung darüber anzukündigen. Sein Verhalten war geschmacklos und nicht loyal.

Man sollte nun meinen, daß heute die Presse, die nicht den Sieg der Gegenrevolution herbeiwünscht, die elenden Machenschaften des lächerlichen Gesindels brandmarkt. Hat sie doch immer wieder nach Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung geschrien, immer wieder gewarnt, daß jede Erklärung der Ordnung den Ein-

marsch der Entente bedeutet. Das Gegenteil ist der Fall. Die gesamte Presse setzert heute über die Spartakusgruppe. Sie setzt dieselbe Heze, die zu dem Butschverstoß geführt hat, die in der Tat nachgerade durch Ermüdung des lächerlichen Gesindels die Ruhe und Ordnung gefährdet, unentwegt, mit verstärkter Kraft, fort.

An der Spitze steht der „Vorwärts“. Er entschuldigt den Ueberfall auf die friedlichen Demonstrationen. Die „überaus bedauerlichen Vorgänge“ erklären sich — aus dem gewissenlosen Treiben der Spartakusleute, aus der ungeheuren Erbitterung der Soldaten über dieses Treiben. Nur vergißt der „Vorwärts“ hinzuzusetzen, daß er wirklich alles getan hat, um diese Erbitterung zu züchten

## Arbeiter, Soldaten, Parteigenossen!

Immer strecher erhebt die Gegenrevolution ihr Haupt. Zusammenschluß zur Abwehr der drohenden Gefahren ist das Gebot der Stunde.

Erscheint in Massen zu den Versammlungen, die Sonntag, den 8. Dezember, um 12 Uhr mittags,

unter freiem Himmel stattfinden werden:  
am Friedrichshain,  
am Humboldthain,  
am Bismarckdenkmal vor dem Reichstag.  
Redner: Breitscheid, Dittmann, Saase,  
Ab. Hoffmann, Ledebour, Ströbel.

im Verein mit der ganzen reaktionären und konterrevolutionären Presse. Und ganz wie früher die Polizei des alten Systems ihre Brutalitäten damit rechtfertigte, daß die Demonstranten zuerst „Steine geworfen“ und „geschossen“ hätten, so heute im reinsten Polizeigeist der „Vorwärts“. Das alles ist nicht wahr. Nicht nur, daß alle Augenzeugen darin übereinstimmen, daß die Soldaten sofort geschossen haben, als sich der Zug gegen ihre Stelle in Bewegung setzte, die Berichte des „Vorwärts“ und der anderen Zeitungen bestätigen durch diese Angaben. Tut nichts: der Jude wird verbrannt. Statt zu verlangen, daß die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden, wird gegen die Spartakusleute geheut, wird das Treiben fortgesetzt, das das lächerliche Gesindel zur Bekämpfung der Revolution angestachelt hat.

Nicht genug damit. Der „Vorwärts“ verurteilt zwar aus seinem Ordnungssinne heraus den Butsch gegen den Vollzugsrat. Er möchte aber doch an dem Feuerchen — und es ist nicht das Verdienst des „Vorwärts“, daß daraus nicht ein großes Schadenfeuer wurde — sein Parteifläßchen locken und benützt die passende Gelegenheit, um nach frühestem Einberufung der Nationalversammlung und der festen Regierung zu rufen.

Es ist ein starkes Stück, das der „Vorwärts“ sich leistet. Er kennt so gut wie wir die schamlose verleumdende Heze gegen die Träger der Revolution, er kennt die Schmutzblätter, er kennt die Plakate, die zur Ermordung Liebknechts heizen. Und in dem Moment, wo diese elenden Treibereien ihren ersten Erfolg gehabt haben, verstärkt und unterstützt er diese Treibereien. Es ist unerhörlich, daß ein sozialistisches Blatt die reaktionären Willkürereien fördert, daß es dieselben Methoden, die zur Stimungsmache für das Sozialisten-

arefak benützt wurden, jetzt, wo sie gegen die Unabhängigen und Spartakusleute — denn gegen die Unabhängigen wird fast ebenso gehetzt — angewandt werden, seinerseits propagiert! Nur darauf bedacht, daß seine Gruppe bei den Wahlen möglichst gut abkneipet, unterstützt der „Vorwärts“ in der Spekulation, bürgerliche und indifferente Elemente zu gewinnen, die gegenrevolutionäre Propaganda! Tückisch und der sozialistischen Pflicht verhasst, war der „Vorwärts“ während des Krieges, so ist er heute!

Wie der „Vorwärts“, so das „Berl. Tagbl.“, das ganz in die gleiche Kerbe haut. Das „Berl. Tagbl.“ hat die Eigenschaft, in den Zwischenstadien des politischen Geschehens auf Anstand zu halten. Desto gewisser sinkt es in entscheidenden Momenten in den Sumpf der deutschen bürgerlichen Politik zurück, deren Grundcharakter Angst und Dummheit ist. Dasselbe Blatt, das mit Recht — die Judenpogrome in Polen verurteilt, saut kein Wort gegen die Judenheze in Berlin, weil diese so eng verflochten ist mit der Liebknecht-Heze, die es selbst betreibt. Und wie „Vorwärts“ und „B. Z.“, so natürlich die übrige Presse.

Aber die Herren täuschen sich. Die gegenrevolutionären Vorgänge haben in der ganzen Arbeiterklasse eine ungeheure Erbitterung ausgelöst. Keine Exproklamation, sondern eine Erstarkung des revolutionären Bewußtseins macht sich geltend. Ganz spontan wurde gestern Abend die Lösung ausgedacht, zum Protest gegen die Hezelei — den Butschverstoß heute in einer Demonstration freizusetzen. Wir verstehen die Empörung und teilen die Gefühle unserer Genossen. Wir begrüßen ihre Initiative. Der Streik soll ein Protest sein gegen das rücksichtslose Vorgehen in der Chausseestraße, gegen gegenrevolutionäre Umtriebe und eine Sympathiebekundung für die armen Opfer!

Es besteht nicht die Absicht, die Betriebe für längere Zeit stillzulegen, das ist für den Moment nicht nötig. Denn jetzt ist es an der Regierung uns zu sagen, was sie vorgekehrt hat, um die Schuldigen zu strafen und die Revolution gegen Angriffe zu sichern.

Wir harren der Antwort!

## Zu den Vorfällen in der Chausseestraße.

Verschiedene Augenzeugen, die am heutigen Vormittag bei uns in der Redaktion erschienen, bestätigen in allen Punkten unseren Bericht über die Vorgänge in der Chausseestraße.

Auslagen der Verwundeten bezeugen, daß die an der Invalidenstraße postierten Soldaten geschossen haben, ohne die Demonstranten vorher zum Auseinandergehen anzufordern. Der Führer des Demonstrationenzuges aus den Sophienböden verhandelte mit einem Feldwebel, der die Bewaffneten kommandierte, über den Durchzug der Demonstranten. Während noch verhandelt wurde, fiel ein Schuß, ohne daß vorher eine Warnung erfolgt wäre. Zu demselben Augenblick wurde ein Maschinengewehr nach vorn gebracht und freigegeben, mit dem man nun sofort das Feuer auf Passanten und Demonstranten eröffnete. Viele der Demonstranten waren auf den Boden, um sich gegen die Schüsse zu decken, so auf die Erde. Auf die am Boden liegenden wurde das Feuer fortgesetzt. Mehrere Verwundete empfingen ihre Verletzungen erst, als sie bereits auf dem Straßenpflaster lagen.

## Die „Patrioten“ von Trier.

Trier, 6. Dezember. Die in weiten Kreisen der Rheinprovinz einsetzende Bewegung für die Loslösung der Rheinlande von Preußen hat die Ausbreitung am Dienstag Abend mit Freuden begrüßt. Ein Telegramm an Justizrat Trimborn in Köln, gewählter Führer der Bewegung für einen freien Rhein, Trierischen Landes begrüßt die Kölner. Sie werden wir seit Monaten an dem erstrebten Ziele arbeiten. Dort in Bonn mit Köln.





# Die Ausgaben der A- und S-Räte.

W.T.B. verbreitet folgende Mitteilung:  
Die Behauptung einer Berliner Korrespondenz, daß die A- und S-Räte bisher über 800 Millionen Mark ausgegeben haben, ist einfach aus der Luft gegriffen. Niemand ist heute imstande, Ausgaben der A- und S-Räte ziffernmäßig zu beweisen oder zu widerlegen, da es noch nicht einmal ein Adressenverzeichnis der täglich entstehenden oder sich auflösenden A- und S-Räte gibt, geschweige denn eine gemeinsame Abrechnung. Die Ausgaben, die dem Reich durch die von den A- und S-Räten durchgeführten Forderungen entstanden sind, können kaum die Hälfte von 800 Millionen Mark betragen, sind zum größten Teil wie die Entlassungsgelder der Soldaten einmalige Ausgaben und gehören unter keinen Umständen zu den Betriebskosten der A- und S-Räte.

Wie wenig die A- und S-Räte mit dem Gelde um sich werfen, beweist der Vollzugsrat, dessen Durchführung allen geschäftlichen und amtlichen Anforderungen genügt. Danach betragen die Ausgaben des Vollzugsrates vom 12. bis 30. November 332.204,05 M. und vom 1. Dezember bis 5. Dezember 48.648,88 M., das heißt zusammen 380.852,93 M. In diesem Betrage befinden sich Ausgaben für Broschüren, in denen die Bestimmungen der A- und S-Räte zusammengestellt sind, Plakate, Flugblätter und die Unkosten für Kuriers, die längere Zeit an wichtigen Eisenbahn-Knotenpunkten zur Ableitung wider Truppenteile von Berlin tätig waren. Bei täglicher Kündigung und unumschränkter Arbeitszeit erhalten Schreibmaschinen Damen 10-20 M., Boten, Kuriers und Abstandsleute in Fernverordnungen 20-30 M., geistige Arbeiter, Ranggeleiter usw. 20-30 M., Abteilungsleiter 40 M., Mitglieder des Vollzugsrates je 50 M. Es gibt keine Jahresgehälter, sondern nur Tageslöhnungen, und keine, wie immer gearteten Etschenberechnungen, durch die sich die täglichen Löhnungen auf Umwegen erhöhen ließen.

Diese amtliche Darstellung entspricht in allem Wesentlichen dem, was wir den törichtsten Anschuldigungen bürgerlicher Organe gegenüber schon vor einigen Tagen in unserem Artikel „Vergewaltete Millionen“ dargelegt haben.

## Bewerkschaftliches.

### Soll das internationale Gewerkschaftssekretariat verlegt werden?

B. Rudnez.

Das Groß der deutschen proletarischen Partei und Gewerkschaftsführer verließ sich 1914 den Ideologen bürgerlich-imperialistischer Weltanschauung. Die sozialistische Gedankenwelt wurde zu Grabe getragen und führte zunächst zum Zusammenbruch der sozialistischen Internationale.

Auch die internationale Zusammenfassung der Gewerkschaften und das internationale Sekretariat in Berlin und der Vorsitzende desselben, Karl Legien, führt seit Jahr und Tag ein höchst problematisches Leben, das dem eines lebenden — Leinwands ähnelt.

Die internationalisierte Gewerkschaftskonferenz, die voriges Jahr in Leeds, in England, stattfand, verlangte u. a. die Verlegung des Sekretariats nach der Schweiz.

Wir brauchen die Probleme dieser Konferenz nicht allzu tragisch zu nehmen, da die meisten Teilnehmer derselben von demselben Anlaß waren, wie unsere — Abhängigen.

Aber dieses Verlangen ist auch von anderer Seite gestellt worden und mehr denn je müssen wir heute die Unmöglichkeit einsehen, das internationale Gewerkschaftssekretariat in seiner jetzigen Form mit Legien an der Spitze, bei uns zu halten.

Als die grundgesetztesten, prinzipienfestesten und vorbildlichsten Gewerkschaften wurde wir mit der Ehre bedacht, das Sekretariat zu führen und zu leiten.

Das galt bis 1914. Was dann kam, wissen wir leider alle nur zu genau.

Das Bureau besaß nicht die moralische Stärke, um inmitten des Kanonendonners das Banner unserer Schlachtrufe hoch und reinzuhalten.

Legien mit seinem Anhang hat es erzdelt, internationaler Sympathien sich noch zu erfreuen. Antipathien sind an deren Stelle getreten.

Kommen noch vor einigen Wochen Leuten und Genossen ihre politische Haltung mit Vaterlands-Angriffs-Phrasen verschönen, so ist diese bequemere Ausdrucksweise heute vorüber.

Als schwer kompromittierte und politisch blamierte Europäer stehen heute diese Leute da. Und ebenso wie das Verlangen der gegnerischen Regierungen nach Ausmerzung eines Scheidemann, Solf, Erzberger usw. gestellt wird, so selbstverständlich ist es nun, das Legien als internationaler Sekretär seinen Platz räumen muß. Vor Jahr und Tag, inmitten des höchsten „Siegesjubels“, stellte der Ehre her d. S. in der Schweizerischen Gewerkschafts-Presse schon dieses Verlangen. Heute, nach den Verdrüßlichen der politischen Geheimnisse und nach den ganzen Umwälzungen muß erst recht dies Verlangen gestellt werden.

Denn es ist nicht anzunehmen, daß Leuten und Hintermänner die politischen Konsequenzen nun ziehen und sich lösen zurückziehen werden. Ergo ist es unsere Pflicht, recht deutlich zu werden und in dieser Richtung zu wirken.

Die ganze Welt hat gegen Deutschland nichts als Antipathien übrig. Unsere sozialistischen und gewerkschaftlichen Genossen jenseits des Drahterhebers sind auch mit einer Aversion gegen uns alle befaßt, die wir verstehen können. Also müssen wir alles aus dem Wege räumen, was eine internationale Verständigung hemmt.

Wir müssen das Mandat in die Hände derjenigen zurücklegen, die es uns gaben.

Im Anschluß der Friedenskonferenz sollte u. a. auch eine internationale Gewerkschaftskonferenz stattfinden, in der die Wahl des neu zu bestellenden Sekretärs und Wahl des Ortes zu bestimmen wäre. Denn bei der heutigen Zusammensetzung der deutschen Gewerkschafts-Presse ist nicht anzunehmen, daß aus dem Bureau weiter verlassen wird. Schon um nach keiner Richtung hin Anstoß zu erwecken, müssen wir selber mit einer Vertretung des Ortes, dafür eintriften.

Als künftiger Ort ist die Schweiz und Amerika als Wunsch geäußert worden.

Sollte aus technischen oder anderen Gründen es nicht zu einer internationalen Wohnungsvermittlung kommen, dann können wir nur zu einer Absehung seitens einer amerikanischen Gewerkschaft kommen. Denn dann kämen wir vom Norden in die Transatlantik.

Das Komplex ist ein sehr bedenklicher Weg. Ich habe zu lange in der amerikanischen Arbeiterbewegung gelebt und gemerkt, um nicht die internen Verhältnisse zu kennen und die als sozialistischer Gewerkschaftler abzuleben.

Es käme dann noch und die transatlantischen Länder in Betracht, die das internationale Gewerkschaftssekretariat zu übernehmen und zu führen hätten und die in der 2. Linie wären, die gewerkschaftliche Internationale auszuwählen und wieder zu vertreten. Zum Segen des internationalen Sekretariats.

### Arbeiter-Rat der Eisenbahn-Werkstätten.

Am Freitag sind die Eisenbahn-Werkstätten im Eisenbahndienstleistungsbereich Berlin wegen Lohndifferenzen in den Ausstand getreten. Im „Abendpost“ und in den Ausschließungshallen haben Massenversammlungen stattgefunden, desgleichen auf der Tramp-

lowen Wiese. Nach den Versprechungen von der Regierung erfolgt sind, die in den Versammlungen verkündet wurden, ist heute die Arbeit wieder aufgenommen worden. Die Verhandlungen wegen der Lohnfrage mit dem Ministerium und der Streikkommission lagen weiter. Versprochen wurden den Arbeitern Stundensöhne von M. 2,19 für männliche gelehrte Arbeiter, M. 2— für ungelernete Arbeiter und M. 1,75 für weibliche Arbeiter.

## Groß-Berlin.

### Gegenrevolutionäre Nester.

Die Beschlagblätter haben nun doch ihren Zweck erreicht. Auf den Straßen Berlins ist Blut geflossen, kostbares Blut von Männern, Frauen und Kindern. Irreguleitete Soldaten sind der Aufforderung zum Nord nachgekommen. Sie haben auf Wehrlose geschossen, weil man ihnen wochenlang einimpfte, der Sicherheit des Staates drohe Gefahr von links. Man keidete sich dabei in den Mantel des Sozialisten. Man gab sich als Freund der sozialistischen Republik aus, um die Republik zu erdroffeln. Erst die Spartakuleute, dann die Unabhängigen, dann schließlich noch ein paar Leute der Scheidemann-Partei — und die ganze Arbeiterbewegung ist erdrückt, der Wiedereinführung der kapitalistisch-monarchistischen Mörderregierung steht nichts mehr im Wege.

Soldat Gestalt ist der Aufmarschplan der Gegenrevolution. Wir haben die Pflicht, ihm auf den Grund zu gehen, um ein weiteres Umschlagen der Gegenrevolution zu unterbinden. Wir müssen die Nester aufsuchen, in denen die gegenrevolutionären Pläne ausgebrütet werden. Wir müssen die Burichen fassen, die durch Flugblätter die Aufforderung zum Nord ergeben lassen. Wir müssen handeln.

Eine Quelle der Gegenrevolution scheint der Berliner Westen zu sein. Dort wurden die ersten Schmutzflugblätter verbreitet, dort erschienen die ersten Aufrufe zum Nord an den Blattpfäulen. Dort wird auch durch Reden die Gegenrevolution propagiert. So drangen am Mittwoch in Salensee sechs Zivilisten unter Führung eines Reserveoffiziers in ein Lokal ein, in dem ein Tanzsaal harrte. Der Offizier hielt eine Rede gegen Juden und Sozialisten und forderte jüdische Anhänger des Reichs auf, den Saal zu verlassen. Ein Mann, der dagegen protestierte, wurde gewaltsam entfernt. Leider konnte erst nach ¼ Stunden die Sicherheitswache geholt werden. Inzwischen hatten sich die Banditen verdrückt.

Das ist nur ein kleines Beispiel. Sie häufen sich zu Hunderten. Aber der Erfolg, den manche vielleicht bezweifeln haben, ist nun da. Der erste Erfolg. Die Toten und Verwundeten des Freiheitstodes reden eine deutliche Sprache. Arbeit über unser Vollen muß vorliegen. Wir dürfen die Verbreiter der Schmutzblätter nicht laufen lassen. Die Sicherheitsmannschaften müssen belehrt werden, was Pressefreiheit ist. Uns ist bekannt, daß Sicherheitspatrouillen es ablehnten, Verbreiter von Flugblättern zu verhaften, mit dem Hinweis darauf, daß Pressefreiheit sei. Pressefreiheit bedeutet aber nicht Freiheit von Salunken, Freiheit von Mordbuben, Freiheit von Verbrechern.

Nach ist es Zeit. Was wir am Freitag erleben, sind Anfänge. Wir können sie erkräften im Reime, wenn wir uns endlich aus dem lässigen Tun aufraffen und handeln, handeln, handeln! Arbeit über unser Vollen! Keine neue Gewalt! Aber zielbewusstes, energisches Vorgehen gegen alle, und seien es die unheimbarsten gegenrevolutionären Machenschaften.

Die Stunde ist ernst. Sie ruft uns. Wir müssen ihr folgen!

### O weh der Lüge — — —

Alle Augenblicke treten in den bürgerlichen Zeitungen vom „Berliner Tageblatt“ bis zur „Deutschen Tageszeitung“ leuchtende, verurteilende Bemerkungen über unmäßige Verschwendung von öffentlichen Mitteln durch die revolutionäre Regierung auf. Die Absicht ist klar. Man will die Unsicherheit über die Unheilbarkeit der vom Vertrauen der Massen getragenen und gewählten Beauftragten zeigen und damit die Revolution in Mißkredit bringen. Wenn sich dann hinterher auch all diese „Lafschchen“ als unkontrollierbar, übertrieben oder gänzlich gefälscht erweisen, so rechnet man doch mit der durchschnittlichen Gulläubigkeit des bürgerlichen Leserkreises, und irgend etwas bleibt dann schon hängen. Wenn man umgekehrt weiß, in welcher unglaublichen Weise im Kriege die Gelder verschwendet worden sind, Milliarden unnütz verthan wurden, ohne daß dieselbe Presse auch nur ein Wort der Kritik fand, der wird die Ehrlichkeit der Entrüstung der bürgerlichen Presse zu würdigen wissen.

Nur ein kleines, ganz kleines Beispiel, das eine Aufschüttel enthält: Ein Kriegslazarettdirektor bezieht monatlich 906 M. Gehalt. Ich kannte einen solchen Herrn und hatte Gelegenheit, genaueren Einblick in seine Tätigkeit zu bekommen. Diese bestand in einer täglichen Durchschnittsarbeitszeit von einer Stunde. Da dieser betreffende Herr etwa 3 Jahre in derselben Tätigkeit war, muß also diese Arbeitszeit auch für die Funktion genügt haben. Zu den 906 M. sind nun aber noch freie Verpflegung, freie Wohnung, Kleiderzulage und Pensionsberechtigung hinzuzurechnen.

Hält man daneben die Löhne eines Militärkrankenwärters mit täglich 75 Pfennigen, ohne Pensionsberechtigung, bei einer Arbeitszeit von durchschnittlich 10 Stunden und gelegentlichen Nachwachen, so wird selbst eine „gemäßigte soziale Gerechtigkeit“ hier ausgleichen wollen. Der Staat, der doch so dringend Geld nötig hat, könnte hier energisch zupacken. Ich halte eine tägliche Arbeit von einer Stunde mit 5 M. bei sonstiger voller Verpflegung für glänzend bezahlt. Das würden monatlich 150 M. sein. Eine Rückzahlung der zuviel bezahlten 750 M. monatlich würde jährlich 9000 M. in 4 Jahren 36000 M. sein. Ich schätze etwa, daß es 200 Kriegslazarettärzten gibt. Das würde dem Staate also die immerhin beachtenswerte Summe von 7.200.000 M. ergeben. Bei einer gründlichen Nachrechnung würden sich noch eine ungeheure Menge solcher ausgleichsweiser Posten finden. Das angesprochene Volk hat einen Anspruch darauf, daß hier gründlich nachgerechnet und energisch zugegriffen wird. Die Klarstellung dieser Dinge ist jetzt dringend nötig, da sich die betreffenden Kreise zur Wahrung ihrer „berechtigten“ Interessen und Geltendmachung ihrer Forderung zusammengeschlossen haben.

**Wohnungsvermittlung.** Der Magistrat Berlin richtet eine unentgeltliche Wohnungsvermittlung ein für Vermietung von möblierten Zimmern und möblierten Wohnungen. Meldungen unter Angabe der Zahl der zu vermietenden möblierten Zimmer mit oder ohne Küche, der Zahl der vorhandenen Schlafplätze, des verlangten Mietpreises ein-

schließlich Frühstück, und des Zeitpunktes, von welchem ab der Zimmer oder die Wohnung frei ist, sind mündlich oder schriftlich zu richten an das Militär-Bureau d. s. Magistrats Berlin, Mohrenstraße 62. Wenn ein Zimmer bereits frei ist dem Magistrat für Finanzierungszwecke auf Grund des früheren Antrages einer anderen Behörde oder Organisation zur Verfügung gestellt ist, ist dies bei der Meldung mit anzugeben. Wird eines der angesprochenen Zimmer noch der Anmeldung vermielet, sei es mündlich, sei es über Vermittlung des Magistrats, so muß dem Militär-Bureau, sofort Anzeige hiervon gemacht werden, sobald ein solches vermieletes Zimmer wieder frei wird.

**Schließung der Universitäts.** Wie wir erfahren, ist die Zahl der jetzt aus dem Felde nach Berlin zurückkehrenden Truppen oder durch Berlin durchziehenden Truppen so groß, daß zahlreiche Schulen und andere Lehranstalten behufs Unterbringung der Truppen haben vorübergehend geschlossen werden müssen. Hierunter ist auch die hiesige Universität betroffen worden oder, genauer gesagt, das Universitäts-Hauptgebäude unter den Linden, so daß der Universitätsbetrieb in diesem Gebäude für einige Tage hat eingestellt werden müssen. Der Betrieb in den übrigen Gebäuden der Universität, also namentlich in den medizinischen und den naturwissenschaftlichen Instituten, leidet dadurch aber keineswegs; auch ist die Universitätshochschule bemüht, für die Vorlesungen der übrigen Fakultäten entsprechende Räume zu beschaffen. Es besteht die Hoffnung, daß auf diese Weise mindestens ein Teil des Unterrichts, der sonst im Hauptgebäude der Universität stattfindet, fortgeführt werden kann. Die näheren Bekanntmachungen hierüber werden in aller nächster Zeit erfolgen.

**Im Bürgeraal des Rathauses** wird am 11. Dezember, abends 7 ½ Uhr der Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, Professor Dr. Silberstein, einen Vortrag über „Die Wohnungsverhältnisse in Groß-Berlin“ halten. Der Besuch dieses Vortrages ist jedem frei.

**Dranienburg. Versammlung.** Am Donnerstag, den 3. Dezember, tagte im Lokal von Abram unsere erste Mitgliedserversammlung. Der Besuch war außerordentlich gut. Gewisse Schöpf schilberte in klaren, markanten Zügen die Entstehung und den Verlauf der Revolution bis zu den bis jetzt erfolgten Verengungen. Er forderte eine z ebewährte Kritik der Führer, verlangte Klarheit und Wahrheit und forderte die Anwesenden auf, in ihrer eigenen Person, und wenn es sein muß, mit ihrem Leben, den Erfolg und die Ziele der Revolution sicherzustellen. Die Wahl der Bezirksleitung ergab folgendes Resultat: 1. Bezirksleiter Gen. H. W. 2. Bezirksleiter Gen. A. W. 3. Kassierer Ernst Müller, Jägerstr. 34; Schriftführer Otto Rothsch, Luisenstr. 3; Abteilungsleiter Abteilung 1 Walter Bringer, Gartenstr. 2, Wilhelm Pappe, Mittelstr. 3, Hermann Wolther, Rathenowstr. 37 und Paul Weisbal, Schützenstr. 41 als Beisitzerinnen die Gen. H. W. 3, Schützenstr. 30, Walter Wolther, Rathenowstr. 37, Amanda Weppeh, Jägerstr. 3, Minna Kuchensieder, Bernauerstr. 27, Marie Ried, Bülowstr. 62, Anna Walther, Aufrietenstr. 60. Die Wahl der Vorläufer soll in der nächsten Versammlung erfolgen. Am Sonntag, den 6. Oktober, trat die Bezirksleitung und die Mitglieder des Arbeiterrats bei Frau Formel, Bernauer Str. 14, zusammen, um die autoritative Arbeit der Partei planmäßig in der Wege zu leiten. Mit einem begeisterten Hoch auf die Internationale fand die wichtige Versammlung ihr Ende.

**Adressliste.** Jugendliche Arbeiter, Arbeiterinnen und Arbeiter treten zu einer Versammlung der freien sozialistischen Jugend am Sonnabend, den 7. Oktober, abends 8 ½ Uhr im Lokal Schulstr. Hindenburgdamm, Ecke Steupstr. 1, Tagungsordnung: 1. Die Jugend fordert ihre Rechte (M. G. W. 1918); 2. Freie Aussprache; 3. Gründung einer Ortsgruppe Lichterfelde.

**Unter Abend für die heimkehrenden Krieger.** Am Sonntag, den 8. Dezember, nachmittags 5 Uhr, veranstaltet die Antikriegs-Wilmerdorf in der Aula des Pismard-Gymnasiums, Mohrenburger Straße 33/34, einen bunten Abend mit Chor und Einzelvorträgen. Vorträgen, Lektüren und Liedern zur Laute. Eintrittskarten können in der Antikriegshalle Wilmerdorf, Borsigstraße 45, von 10 bis 6 Uhr, am Sonntag von 11 bis 1 Uhr, erworben werden.

**Der Bund der technisch-industriellen Beamten** veranstaltet am Sonntag, den 8. Dezember, 9 Uhr vormittags, im Sobotka-Saal, Alt-Moabit 47/48 eine Mitgliedserversammlung, in der Ingenieur Hans Geiser über „Unsere Forderungen“ sprechen wird.

**Arbeiter-Wasserversand Kreis I.** Allen Schotmännern und Schotmännern zur Kenntnis, daß am Dienstag, den 10. Dezember, eine Damenabendsunde abends 7 Uhr im Stadtbad Renssela stattfindet. Uebung: Wasserballspiel. Beginn 8 Uhr bei Frank: Neuwahl der technischen Kommission.

## Aus aller Welt.

### Ein Riesentoucheur.

Nach Wittermeldungen nahm letzter Tage das bayerische Kriegswunderamt in den Geschäftsräumen der Herren-Kleiderfabrik Isidor Bach eine Geschäftskontrolle vor, die ein richtiges Lager zurückgelassener Herren-, Damen- und Anabenbekleidungsstücke zulage förderte. Es wurden Waren noch aus dem Jahre 1914 vorgefunden, im Wert etwa 30.000 Stück; außerdem wurde ein Lager von neuem gewandern vorgefunden, um durch deren Verkauf von der Bevölkerung Lebensmittel zu bekommen. Nach bisherigen Erhebungen ergabte Bach seit Kriegbeginn riesige Liebergewinne, die zwischen 200 und 700 Prozent schwanken. Die gesamten Lager wurden beschlagnahmt.

Im Ministerium des Auswärtigen erschien aus diesem Anlaß später eine Verordnung des Statimagistrats, welche an die Regierung des Volksstaats Bayern das dringliche Ersuchen richtete, unterzüglich die energischsten Maßnahmen gegen alle Schmaroker vom Schläge Isidor Bach zu ergreifen. Die Stelle der Regierung anheim, ein Gesetz zu schaffen, das die Einführung der Todesstrafe auf jedweden Wucher, die Auflösung aller nachweislich Wuchergeschäfte betreibenden Unternehmungen und die Eingiebung der gesamten Wucherrolle und des wucherlich erworbenen Vermögens der Geschäftsinhaber zu möhltätigen Zwecken vorseht. An Isidor Bach bittet die Regierung namens der Bürgerschaft und des gesamten erwerbenden Volkes das erste Beispiel kategorisch zu statuieren. Der Ministerpräsident sagte rascheste Maßnahmen seitens der Regierung zu.

**Blünderer in Mainz.** Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Mainz: Die Blünderungen der Heeresbehörden in den letzten Tagen hier einen bedauerlichen Umfang an, so daß die Polizei mit Waffengewalt einschritt. Auch mit Maßnahmen wurde eingegriffen. Es gab eine größere Zahl Toter und Verwundeter. Die Hauptplünderungen erfolgten im Heerespark in der Ingelheimerau und den Appellationskammer Mainz-Kastel und Mainz-Rastheim. Auch auf die Kammern der Heerespark und das Lazarettdepot wurden Raubzüge unternommen, die die Polizei erfolgreich abwehrt. Bei den Plünderungen spielten Frauen und halbwillkürliche Burichen die Hauptrolle.

**Verantwortlicher Redakteur:** Dr. G. Hoffmann, Berlin-Wilmersdorf, Druck der Hindenburgstr. und Verlagsgesellschaft m. b. H. Schillinghauerdamm 19.